



Martin Patzelt MdB



Liebe Freunde,
liebe Leserinnen
und Leser,

das Wahlrecht sieht eigentlich ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Direktmandaten und Listenmandaten vor. Dieses Verhältnis ist schon längst nicht mehr gegeben. Ursache dafür ist eine Erosion der sogenannten Volksparteien sowie eine wachsende Stimmzahl für neue und kleinere Parteien.

Dadurch kam das früher stimmige Verhältnis zwischen Direktmandaten (das sind im Wahlkreis von Bürgern direkt gewählte Personen) zu den Listenplätzen (nach den für eine Partei abgegebenen Zweitstimmen) in ein Missverhältnis, welches durch sogenannte Ausgleichsmandate austariert wurde. Die Zahl solcher Ausgleichsmandate erhöhte sich bei den letzten Wahlen zum Deutschen Bundestag so stark, dass wir heute bei 709 Abgeordnete liegen.

Alle bisherigen Vorschläge - auch das vom Bundestagspräsidenten Wolfgang Schäuble vorgeschlagene Modell - sind höchst kompliziert, weil sie darauf

ausgerichtet sind, die derzeitigen Wahlchancen der einzelnen Parteien nicht zu mindern. Sie wurden deshalb verworfen.

In unserer Fraktion werden derzeit zwei Modelle kontrovers diskutiert, für die jeweils um Kompromiss und Mehrheiten gerungen wird. Folgende Möglichkeiten bieten sich an: Die Anzahl der Wahlkreise wird deutlich verringert.

Das bedeutet aber für Flächenländer, dass wegen der geringeren Zahl von Einwohnern die Wege von Abgeordneten zu Wählern - und umgekehrt - bedeutend länger werden. Das kann nicht im Interesse der Demokratiestärkung liegen. Deshalb kann sich die ostdeutsche Landesgruppe mit solchem Vorgehen schlecht anfreunden.

Die Brandenburger Landesgruppe favorisiert darum die Definition einer Höchstzahl von Abgeordneten im Bundestag, die noch zu bestimmen wäre. Die Direktmandate ziehen alle ein, die verbleibenden Listenplätze werden paritätisch verteilt. Das könnte Parteien mit vielen Direktmandaten begünstigen,

mit wenigen benachteiligen.

Ich gebe bei der Diskussion immer wieder zu bedenken, dass die Einführung eines Flächenfaktors für die Wahlkreise hilfreich wäre. Auch sollten alle Parteien bedenken, dass sich die gegenwärtigen auch einmal verändern können. Gegenwärtige „Benachteiligungen“ von Parteien müssen also keine bleibenden sein.

Es bleibt eine schwierige Diskussion, die wir aber intensiv führen müssen, wenn wir bereits mit der Legislaturperiode 2021 die Größe des Bundestages begrenzen wollen - was wir unbedingt sollten!

Bleiben Sie alle gesund und helfen Sie dabei, dass andere gesund bleiben.

Eine anregende Lektüre wünsche ich Ihnen.

Herzlichst

Ihr

CDU feiert 75-jähriges Bestehen

Die CDU feiert diese Woche 75-jähriges Bestehen, und ich gratuliere herzlich! Ist die Partei nun im Rentenalter angekommen und gehört in den Ruhestand? Im Gegenteil, meine ich: Die CDU hat einen Markenkern, der bestens geeignet ist, um die Zukunft zu gestalten.

Die Union ist lebendig – allein in der Kommunalpolitik engagieren sich aktuell 75.000 CDU-Mitglieder für gute Politik vor Ort. Dazu kommen noch viele mehr, die sich in unseren Verbänden mit ihren Ideen und ihrer Energie einbringen. Auch die Bürger fühlen sich überwiegend in dieser schwierigen Zeit verantwortungsvoll regiert, die Umfragewerte sind hoch – Rezo's „Zerstörung“ und anderen Unkenrufen über das Ende der Volksparteien zum Trotz. Doch wie steht es um die Zukunft unserer Partei?

Frei nach Adenauer kann eine Partei ihre Gegenwart und Zukunft nur gestalten, wenn sie ihre Vergangenheit versteht und daraus ihre Lehren zieht. Ich meine: Unsere Gründungsgeschichte und unser Kern als Volkspartei bieten Antworten für morgen.

In der Weimarer Republik gab es viele kleine Parteien, die Einzelinteressen vertraten – das hat das demokratische System geschwächt und

auch die Machtübernahme durch die Nationalsozialisten ermöglicht. In Abgrenzung dazu wurde die CDU 1945 als breite Partei gegründet, die möglichst viele Menschen und Strömungen aufnehmen sollte. Sie bündelte christlich-soziale, demokratische, liberale und konservative Kräfte. Auch die überkonfessionelle Ausrichtung – die Vereinigung von katholischen und evangelischen Mitgliedern – war damals ein neuer und mutiger Schritt.

Diese unterschiedlichen Gruppen konnte man nicht durch feste Programme und Positionen eintreten. Aber sie einigten sich auf einen Kompass, der ihre Politik leitet: das christliche Menschenbild. Der Mensch ist frei, hat eine unveräußerliche Würde und ist zur Nächstenliebe und Solidarität berufen.

Ob Arbeiter, Unternehmer oder Beamter – alle sollten auf dieser Grundlage an einen Tisch finden und einen Kompromiss erarbeiten, der für alle tragbar ist. Durch diese innere Vielfalt und Willensbildung konnte die CDU Politik in den letzten Jahrzehnten nah am Menschen machen.

Heute haben wir eine völlig veränderte Gesellschaft, die in Bewegung bleibt: Orte, an denen sich Menschen mit unterschiedlichen Berufen,

Lebenswegen und Einstellungen treffen und ins Gespräch kommen werden weniger. Traditionelle Vereine, Kirchen, Gewerkschaften und auch Parteien haben Nachwuchssorgen. Soziale Medien wirken als Echokammern der jeweils eigenen Wirklichkeit und Überzeugungen. Populisten spielen einzelne Bevölkerungsgruppen gegeneinander aus – befeuern die Sorge, ob der Kuchen für alle reicht. Gleichzeitig gibt es eine Sehnsucht nach gesellschaftlichem Zusammenhalt und mehr Miteinander.

Hier liegt unser Potenzial! Suchen wir noch stärker als bisher den Dialog mit Mitgliedern und das Gespräch mit Bürgern. Nicht nur dort sein, wo wir gewählt werden, sondern auch da sein, wo wir schon lange nicht mehr gesehen wurden. Wir können ein Forum bieten, um Menschen mit unterschiedlichen Lebenswegen und Ansichten zusammenzubringen, die aber die gleiche Grundüberzeugung eint: das christliche Menschenbild. Wir können sie zusammenbringen, den Dialog auf Augenhöhe ermöglichen und respektvoll nach Kompromissen zu suchen. Das Ergebnis ist gute Politik, die alle mitnimmt. Unser Kern als Volkspartei bietet uns alle Chancen.

Skrollan Jula Olschewski

Meine persönliche Erklärung zum Kohleausstieg

Zum Gesetz zur Reduzierung und zur Beendigung der Kohleverstromung und zur Änderung weiterer Gesetze (Kohleausstiegsgesetz) und zum Änderungsantrag von Bündnis 90/Die Grünen habe ich am Freitag (3.7.2020) folgende Erklärung angegeben:

„Der Beschlussempfehlung der Koalition zum Kohleaus-

stieg stimme ich nur unter schweren Vorbehalten zu. Das Ausstiegsdatum 2038 kann ich wegen der bis zu diesem Zeitpunkt weiterhin in Größenordnungen in die Umwelt emittierten CO₂-Mengen nicht mitverantworten. Dem Änderungsantrag der Grünen kann ich wegen der mit diesem Beschluss verbundenen, unzureichend

kalkulierten und strukturierten Ausstiegsszenarien nicht zustimmen. Die Folgewirkungen für eine sichere Energieversorgung von Wirtschaft und Privathaushalten, sowie der Beschäftigungssicherung in den Kohleregionen werden mit diesen Änderungsanträgen nicht ausreichend berücksichtigt.“

Fotos unter den Rock werden verboten

Upskirting ist immer mehr zu einer Plage geworden. Dabei werden Frauen heimlich unter dem Rock oder unter dem Kleid fotografiert. Diese Fotos werden dann übers Internet oder über soziale Medien verbreitet. Die ständige Verfügbarkeit von Handykameras hat dieses Problem in den letzten Jahren deutlich verschärft. Bisläng konnten solche Taten nur als Ordnungs-

widrigkeit verfolgt werden. Betroffene Frauen hatten kaum Möglichkeiten, sich rechtlich gegen solche Fotos zu wehren. Diese Verletzung der Intimsphäre wird nach einem Beschluss des Deutschen Bundestages vom Donnerstag (2.7.2020) unter Strafe gestellt.

Besser geschützt wird zudem die Intimsphäre von Verstorbenen. Darum werden Fotos ver-

boten, die eine verstorbene Person in grob anstößiger Weise zur Schau stellen. Damit reagiert der Gesetzgeber auf die Tatsache, dass immer mehr Leute bei Unfällen und Unglücksfällen Fotos von Verletzten oder Verstorbenen machen und diese dann über soziale Netzwerke verbreiten oder an Medien verkaufen.

Fördermittel für Bibliotheken in Oder-Spree

Das Soforthilfeprogramm „Vor Ort für Alle“ ist eine wichtige Stütze für haupt- und ehrenamtliche Bibliotheken in Kommunen. Aus diesem Programm wurden Mittel für drei Projekte im Landkreis Oder-Spree bewilligt. Gefördert wird die Kupferschmiede Beeskow e. V./ Stadtbibliothek mit 25.000 Euro. Die Stadtbibliothek Storkow erhält 10.440 Euro. Die Gemeindebibliothek Bad Saarow kommt in den Genuss von 3.750 Euro.

Ich bin froh, dass die Arbeit der drei Bibliotheken durch die Fördermittel gesichert ist und weiter ausgebaut werden kann. Denn Bibliotheken sind unverzichtbar für unsere Gesellschaft. Sie bringen Menschen zusammen und bieten den Raum für einen Austausch miteinander. Umso wichtiger ist es, dass solche Orte heute zeitgemäß und auch für junge Menschen durch digitale Angebote attraktiv bleiben.

Grundrente ist da

Ab dem kommenden Jahr werden ca. 1,3 Millionen Rentner in den Genuss einer Grundrente kommen. Damit werden alle Rentner mit niedrigen Bezügen besser gestellt, sofern sie 35 Beitragsjahre vorweisen können. Einen reduzierten Zuschlag gibt es für Rentner mit 33 Beitragsjahren. Aufgrund des hohen Verwaltungsaufwandes können die neuen Renten aber nicht ab dem 1. Januar ausgezahlt werden. Allerdings wird in jedem Fall rückwirkend gezahlt. Die Grundrente muss nicht beantragt werden. Sie wird automatisch ausgezahlt.

Martin Patzelt, MdB

Büro Berlin

Katja Frenkel
Dr. Maria Blömer
Helmut Uwer

Deutscher Bundestag
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel. 030/227 71440
Fax 030/227 76439
martin.patzelt@bundestag.de

Wahlkreisbüro Frankfurt (Oder)

Oleksii Kysliak
Skrollan Olschewski
Anna Fabisch
Sophienstr. 41/42
15230 Frankfurt (Oder)
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746
martin.patzelt.ma05@bundestag.de
geöffnet: Die + Do 11-18 Uhr,
Mi 9-16 Uhr

Wahlkreisbüro Beeskow

Breite Straße 40
15848 Beeskow
Tel. 0335/401 24 860
Fax 0335/530746

Sie können den Newsletter
direkt über die Homepage
abonnieren, oder senden Sie
uns eine E-Mail an:
martin.patzelt@bundestag.de

www.martin-patzelt.de

Stiftung für Engagement und Ehrenamt gegründet

Am Dienstag, vergangener Woche (23.6.2020), durfte ich am Gründungsakt der Deutschen Stiftung für Engagement und Ehrenamt teilnehmen. Für das Zustandekommen der Stiftung habe ich mich monatelang eingesetzt. Es freut mich darum sehr, dass dieses „Kind“ nun endlich geboren ist.

30 Millionen Ehrenamtliche erhalten nunmehr in Deutschland

erstmal eine bundesweite Anlaufstelle. Als Standort der neuen Stiftung wurde Neustrelitz in Mecklenburg-Vorpommern gewählt. Damit wurde wieder einmal eine Bundesbehörde in einem ostdeutschen Land angesiedelt. In Neustrelitz entstehen 75 neue Arbeitsplätze.

Ziel der Stiftung ist es, allen ehrenamtlich Tätigen Angebote zu

Service, Beratung und Qualifizierung zu bieten. Vor allem will die Stiftung Vereine und Engagierte bei der Digitalisierung unterstützen. Besonderer Schwerpunkt der Stiftung ist die Förderung des ehrenamtlichen Engagements in ländlichen und strukturschwachen Regionen. Für die Arbeit der Stiftung stellt der Bund ab dem kommenden Jahr bis zu 30 Millionen Euro jährlich zur Verfü-

Das Ende eines freien Hongkong

Ich bedaure zutiefst, dass mit dem am 1. Juli 2020 in Kraft getretenen Sicherheitsgesetz die Freiheit Hongkongs nun ein jähes Ende gefunden hat.

Die Welt wird sich von Hongkong abkehren und die Wirtschaft einbrechen. Bereits im Mai habe ich internationale Erklärungen mitunterzeichnet und einen Appell an den chinesischen Botschafter gerichtet, vertragstreu zu bleiben und Hongkong seine Freiheit zu lassen.

Das so genannte Sicherheitsgesetz zerstört den freiheitlichen und demokratischen

guten Status quo und trifft die Menschen in Hongkong mit aller Härte. Peking ignoriert dabei die nach Rückgabe der Britischen Kronkolonie an China zugesagte Erklärung „Ein Land - zwei Systeme“ aus dem Jahre 1997, in der den Menschen in Hongkong weitreichende Freiheitsrechte und eine Autonomie garantiert wurden.

Seit dem Inkrafttreten sind bereits 370 Menschen bei ungenehmigten Protesten in Hongkong festgenommen worden. Zehn davon sind gleich in Haft gekommen. Dagegen kann ich nur protestie-

ren und mich der internationalen Kritik anschließen, wie sie von Deutschland, den EU-Ländern, den USA u.a. ausgesprochen wird. Ich begrüße es, dass Großbritannien nun etwa drei Millionen vor der Rückgabe geborenen Hongkongern eine Aussicht auf Einbürgerung gegeben hat, um die Kritik zu unterstreichen und den Druck auf China zu erhöhen. Taiwan und Australien sind mit Einbürgerungsangeboten nachgezogen. Ich hoffe, dass wir in Deutschland auch offen für die Menschen aus Hongkong sind und bleiben.